

Direktkandidatinnen und Direktkandidaten

Auch wir von der Landesarmutskonferenz Berlin wollen wissen, was Sie zu sagen haben, liebe Leserinnen und Leser! Und bieten Ihnen die Gelegenheit, mit den eingeladenen PolitikerInnen zu reden. Eingeladen sind Ihre DirektkandidatInnen.

Was heißt das?

Mit der **Erststimme** wählen Sie Ihren Direktkandidaten oder Ihre Direktkandidatin in Ihrem Wahlkreis. Wer bei Ihnen im Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, sitzt garantiert im nächsten Bundestag.

Mit der **Zweitstimme** wählen Sie die Partei Ihrer Wahl.



Am 24. September wählen wir in Deutschland einen neuen Bundestag

Es ändert sich eh nichts? Ihnen hört sowieso keiner zu? Doch! Denn genau das wollen wir ändern. PolitikerInnen vor Ort – die persönlich von Ihnen gewählt werden – sind da, hören Ihnen zu und diskutieren mit Ihnen. Schließlich wissen Sie, liebe Leserinnen und Leser, am allerbesten, wo Ihnen der Schuh drückt.

Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen, treffen Sie auf Ihre DirektkandidatInnen und sagen Sie denen, was endlich getan werden muss:

Bei ...

- Bekämpfung der Wohnungsnot
- Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung
- Gesundheits- und Sozialpolitik
- Familie und Bildung

Wenn Sie jetzt schon wissen wollen, was die Parteien zu diesen Themen schreiben, gibt's hier in diesem Falblatt die wichtigsten Aussagen dazu. Übersichtlich und gut zu vergleichen.

Christlich
Demokratische Union

Sozialdemokratische
Partei Deutschlands



Bündnis 90/Die Grünen

Die Linke

Die Landesarmutskonferenz Berlin setzt sich seit Jahren dafür ein, die vorhandene Armut sichtbar zu machen. Den betroffenen Menschen eine Stimme zu geben. Wir wollen konkret helfen, die Armut dort zu

bekämpfen, wo sie existiert. Und dort zu verhindern, wo sie zu entstehen droht.

Anlässlich der kommenden Bundestagswahlen am 24. September initiiert die Landesarmutskonferenz Berlin wieder die Aktion WIR KOMMEN WAHLEN! – gemeinsam mit verschiedenen sozialen Organisationen. Seit 2011 laden wir von Armut betroffene Menschen ein, mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen. Ziel ist das gegenseitige Zuhören in einer Begegnung auf Augenhöhe. Wir zeigen: Das Thema Armut gehört auf die politische Tagesordnung!

Landesarmutskonferenz Berlin
c/o Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.
Kirstin Wulf
Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin

Tel.: 030 / 690 382 75
info@landesarmutskonferenz-berlin.de
www.landesarmutskonferenz-berlin.de

Umsetzung:

roeske + lazzari
strategische kommunikation

Veranstaltung:

Datum:

Uhrzeit:

Bundestagswahl 2017

PolitikerInnen hören Ihnen zu!

Eine Aktion der
Landesarmutskonferenz
Berlin

Was plant die...



... zur Bekämpfung der Wohnungsnot?

- 350.000 neue Wohnungen pro Jahr – das schützt vor steigenden Mieten.
- Fördermittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau zweckgebunden einsetzen.
- Neubauten mit Mietwohnungen unterstützen, z. B. durch verbesserte Möglichkeiten, entstehende Steuern abzusetzen.
- Kommunen auffordern, mehr Bauland bereitzustellen.



... zu Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung?

- Arbeitslose genauer, besser und schneller vermitteln: für eine erfolgreiche Verankerung im Arbeitsmarkt.
- Maßgeschneiderte Angebote für Langzeitarbeitslose.
- Zusätzliche Angebote für Menschen ohne Chance auf eine Festanstellung.
- Zahl der Schulabbrecher und Menschen ohne Berufsausbildung verringern.
- Weiterbildung und Qualifizierung unterstützen: durch stärkere steuerliche Entlastung.



... zur Gesundheits- und Sozialpolitik?

- Patienten im Mittelpunkt. Freie Wahl des Arztes und des Krankenhauses.
- Mehr Qualität und bessere Vernetzung bei der medizinischen Versorgung. Z. B. durch Nutzung der Digitalisierung.
- Würdevolle und verlässliche Pflege und Betreuung ist einer der wichtigsten Dienste am Menschen.
- Soziale Berufe müssen attraktiver werden.



... zu Familie und Bildung?

- Bessere Förderung von Kindern und Familien.
- Besondere Zuwendung, Förderung und Aufstiegschancen für Kinder, die von Armut betroffen sind.
- Für Familien mit Kindern: Zusätzlich zum Ehegattensplitting ein Familiensplitting.
- Bildungspolitik, die Probleme benachteiligter Kinder schon in Kindergärten und Grundschulen berücksichtigt.

Was plant die...



... zur Bekämpfung der Wohnungsnot?

- Mietanstieg bremsen.
- Sozialen Wohnungsbau weiter fördern.
- Städten bei der Verhinderung von Wohnungslosigkeit helfen.
- Unterstützung vor Ort in den Quartieren weiter verbessern.
- Nachbarschaften stärken.



... zu Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung?

- Arbeitsplätze dürfen ohne sachlichen Grund nicht befristet werden.
- Mehr in die Qualifizierung von Menschen investieren, die ihren Job verlieren.
- Wer sich weiterbildet, soll länger finanzielle Unterstützung erhalten.
- Wir fördern einen sozialen Arbeitsmarkt.
- Arbeitslose ohne Chance auf Festanstellung sollen Angebote geförderter und sozial abgesicherter Arbeit bekommen.



... zur Gesundheits- und Sozialpolitik?

- Sozialversicherungssysteme müssen Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter absichern. Sie müssen gerecht und solidarisch finanziert sein.
- Vorsorge, Prävention und Rehabilitation in allen Sozialversicherungen stärken.
- Bürgerversicherung, in der alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichert sind: Nach Grundsätzen der heutigen gesetzlichen Krankenversicherung.
- Gesetzl. Rente als stabile und verlässliche Basis der Alterssicherung.



... zu Familie und Bildung?

- Gleiche Chancen auf gute Bildung für alle Kinder.
- Kinder sollen nach Talenten und Leistung, nicht nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Geburtsland oder Geldbeutel der Eltern beurteilt werden. Deshalb: gebührenfreie Bildung.
- Zusätzliche Plätze in Kitas.
- Mehr in die Qualität von Kitas investieren.
- Mütter und Väter: gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben.
- Ganztagschulen überall in Deutschland ausbauen.
- Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in Kita und Grundschule.

Was planen...



... zur Bekämpfung der Wohnungsnot?

- Schaffung von 1 Million dauerhaft günstiger Wohnungen mit neuer Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG).
- Mietanstieg bremsen mit wirksamer Mietpreisbremse.
- Spekulation bekämpfen – Share Deals abschaffen.
- Wohngeld verdoppeln.
- Klimaschutz bezahlbar machen, Verdrängung stoppen mit dem Förderprogramm Faire Wärme.



... zu Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung?

- Optimale Unterstützung von Arbeitssuchenden in Jobcentern und Agenturen.
- Individuell passende Förderung, Qualifizierung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt.
- Arbeitslosengeld auch für kurzfristig oder unstetig Beschäftigte.
- Grundsicherung, die für ein Leben in Würde reicht und Teilhabe ermöglicht.



... zur Gesundheits- und Sozialpolitik?

- Bürgerversicherung, damit alle unabhängig vom Einkommen erstklassige Medizin und gute Pflege bekommen und die Beiträge bezahlbar sind.
- Abschaffung der Zuzahlungen zum Beispiel für Arzneimittel.
- Eine Rente, die auch dann vor Armut schützt, wenn man zeitweise keinen Job oder einen niedrigen Verdienst hatte.
- Gleichberechtigte Teilhabe für behinderte Menschen.



... zu Familie und Bildung?

- Mit dem grünem Familien-Budget Kinderarmut verhindern und Familien entlasten – mit insgesamt 12 Mrd. pro Jahr.
- Gute Kitas für alle Kinder durch ein Qualitäts-Gesetz sicherstellen.
- Das Kooperationsverbot im Grundgesetz streichen, damit der Bund Geld für Ganztagschulen geben kann.
- Eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Leute – statt sie in Maßnahmen hängen zu lassen.

Was plant...



... zur Bekämpfung der Wohnungsnot?

- Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen.
- Privatisierung öffentlicher Grundstücke und Wohnungen stoppen.
- Wohnraum oder als Wohnraum nutzbarer Gewerberaum, muss zwischengenutzt werden.
- Initiativen, die sich mit Mitteln des zivilen Ungehorsams für eine zweckgemäße Nutzung von Wohnraum einsetzen („Besetzungen“), müssen legalisiert werden.
- Neustart für öffentlichen sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau: mindestens 250.000 Sozialwohnungen im Jahr.
- Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit verbieten.



... zu Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung?

- Hartz IV-System abschaffen. Ersetzen durch: gute Arbeit, bessere Erwerbslosenversicherung, bedarfsgerechte Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen.
- Kürzungen, Leistungseinschränkungen, Sperrzeiten grundsätzlich abschaffen.
- Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen.



... zur Gesundheits- und Sozialpolitik?

- Solidarische Gesundheitsversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin: Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen, hochwertige medizinische Versorgung für alle.
- Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen umfasst.
- Erwerbstätigenversicherung auf alle Erwerbseinkommen, Anhebung des Rentenniveaus.
- Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen.



... zu Familie und Bildung?

- Gebührenfreies, hochwertiges Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder.
- Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten.
- Bessere öffentliche soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche – dabei kostenfrei: Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen.